



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Rüdiger Erben (SPD)

Zusammenhang zwischen Kriminalitätsbelastung und Vorhandensein von Bundesautobahnen

Kleine Anfrage - **KA 6/8375**

Vorbemerkung des Fragestellenden:

In der Ausgabe der Mitteldeutschen Zeitung vom 5. Juni 2014, Seite 3 („Auf der Suche nach der Ursache“) bringt Staatssekretär Gundlach in einem Interview auf die Frage, warum die Kriminalitätsbelastung in Sachsen-Anhalt höher als in Bundesländern ist, die an osteuropäischen Staaten grenzen, als Begründung u. a. das Vorhandensein der Bundesautobahn BAB 2 als „Fluchtweg“ vor. Solche „Fluchtwege“ seien zum Beispiel in Thüringen nicht vorhanden.

Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Inneres und Sport

Vorbemerkung:

Im Interview der Mitteldeutschen Zeitung vom 5. Juni 2014 stellt die Mitteldeutschen Zeitung fest, dass in Deutschland zunehmend Banden aus Osteuropa agieren und fragt, wie das Land Sachsen-Anhalt dadurch belastet wird. Staatssekretär Prof. Dr. Gundlach antwortete darauf, dass die besondere Situation in Sachsen-Anhalt mit dem Kriterium „Fluchtweg A 2“ zusammenhängen könne. Er verwies damit auf die Möglichkeit der ausländischen Straftäter, sich über die Bundesautobahn (BAB) 2 relativ schnell aus dem Zugriffsbereich der deutschen Polizei zu begeben.

Hintergrund des Interviews war die kurz zuvor veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2013 und insbesondere der dort enthaltene Ländervergleich der Kriminalitätsbelastung, welcher auf Grundlage der Häufigkeitszahl (erfasste Fälle je 100.000 Einwohner) der Bundesländer erstellt wird.

Hinsichtlich der Kriminalitätsverteilung nach den Ländern stellt das Bundeskriminalamt in der PKS 2013 die folgenden Erläuterungen voran:

„Die nachfolgenden Abbildungen, die im Wesentlichen auf die Gesamt- und Häufigkeitszahlen abstellen, erlauben keinen umfassenden Vergleich der Kriminalitätsbelastung von Ländern und Städten. Um Aussagen über die Sicherheitslage in einer Stadt, einer Region oder einem Land zu treffen, bedarf es der Berücksichtigung vielfältiger und unterschiedlicher Faktoren und einer sehr detaillierten Betrachtung. Das Anzeigeverhalten (z. B. bei Leistungerschleichung und Ladendiebstahl) und die Deliktsstruktur können sich örtlich unterscheiden und durch polizeiliche Schwerpunktsetzung - vor allem bei sogenannten Kontrolldelikten - besonders beeinflusst werden. Darüber hinaus bestehen regionale Unterschiede bei Bevölkerungs- und Gelegenheitsstrukturen sowie hinsichtlich der Tätermobilität. So kann etwa in Städten oder Gebieten mit internationalem Flughafen oder in Grenznähe ein erhöhter Anteil von aufenthaltsrechtlichen Straftaten zu verzeichnen sein.

Insbesondere die Häufigkeitszahl, die die Anzahl der registrierten Straftaten mit der Einwohnerzahl der jeweiligen Region in Bezug setzt, wird durch die regional sehr differierende Anzahl an Personen, die dort nicht amtlich als Wohnbevölkerung registriert sind (z. B. Pendler, Touristen, Durchreisende, Stationierungsstreitkräfte), jedoch als Straftäter und Opfer von Straftaten gleichermaßen in Betracht kommen, in ihrer Aussagekraft beeinflusst. Auch urbane Lebensformen und Lebensstile, die abweichendes Verhalten begünstigen können, müssen bei einem Vergleich berücksichtigt werden. Gleiches gilt für eine ggf. geringere Toleranz gegenüber Normverletzungen im ländlichen Raum und eine infolgedessen gesteigerte Anzeigebereitschaft.“

Die in der nachfolgenden Beantwortung enthaltenden Zahlen zu Straftaten beziehen sich auf die PKS 2013.

1. Wie ist das Verhältnis der Länge von Autobahnen zur Landesfläche in den Bundesländern (ohne Stadtstaaten)?

Verhältnis der Länge der Bundesautobahnen zur Fläche der Bundesländer (ohne Berlin, Bremen und Hamburg):

Bundesland	Länge der Bundesautobahnen in km ¹⁾	Landesfläche in km ² ²⁾	km ² Landesfläche je km Bundesautobahn
Baden-Württemberg	1.054	35.751,36	33,92
Bayern	2.514	70.550,23	28,06
Brandenburg	794	29.485,63	37,14
Hessen	975	21.114,93	21,66
Mecklenburg-Vorpommern	554	23.210,55	41,90
Niedersachsen	1.434	47.613,78	33,20
Nordrhein-Westfalen	2.216	34.109,70	15,39
Rheinland-Pfalz	877	19.854,10	22,64
Saarland	240	2.568,70	10,70
Sachsen	543	18.420,01	33,92

Sachsen-Anhalt	411	20.450,64	49,76
Schleswig-Holstein	536	15.799,61	29,48
Thüringen	498	16.172,46	32,47

¹⁾ Angaben ohne Astlängen; Quelle: BMVI, Längenstatistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs (Stand: 01.01.2013), Ausgabe Juli 2013

²⁾ Fläche in Rheinland-Pfalz einschließlich des Gebietes „gemeinsames deutsch-luxemburgisches Hoheitsgebiet“ von 6,20 km²; Fläche in Mecklenburg-Vorpommern einschließlich des Gebietes „Küstengewässer einschl. Anteil am Festlandsockel von 1,00 km²; Abweichungen bei den Flächenangaben sind durch Runden der Zahlen möglich; Quelle: Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes, Bundesländer nach Fläche und Bevölkerung am 31.12.2012.

2. Wie ist das Verhältnis der Länge von Bundesautobahnen zur Einwohnerzahl in den Bundesländern (ohne Stadtstaaten)?

Verhältnis der Länge der Bundesautobahnen zur Einwohnerzahl der Bundesländer (ohne Berlin, Bremen und Hamburg):

Bundesland	Länge der Bundesautobahnen in km ¹⁾	Einwohner ²⁾	Einwohner je km Bundesautobahn
Baden-Württemberg	1.054	10.569.111	10.027,62
Bayern	2.514	12.519.571	4.979,94
Brandenburg	794	2.449.511	3.085,03
Hessen	975	6.016.481	6.170,75
Mecklenburg-Vorpommern	554	1.600.327	2.888,68
Niedersachsen	1.434	7.778.995	5.424,68
Nordrhein-Westfalen	2.216	17.554.329	7.921,63
Rheinland-Pfalz	877	3.990.278	4.549,92
Saarland	240	994.287	4.142,86
Sachsen	543	4.050.204	7.458,94
Sachsen-Anhalt	411	2.259.393	5.497,31
Schleswig-Holstein	536	2.806.531	5.236,07
Thüringen	498	2.170.460	4.358,35

¹⁾ Angaben ohne Astlängen; Quelle: BMVI, Längenstatistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs (Stand: 01.01.2013), Ausgabe Juli 2013

²⁾ Quelle: Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes, Bundesländer nach Fläche und Bevölkerung am 31.12.2012.

3. Wie hoch war die Zahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner (Häufigkeitszahl) im Jahr 2013 in den Bundesländern (ohne Stadtstaaten)?

Kriminalitätsverteilung nach Ländern (ohne Berlin, Bremen und Hamburg):

Land	Einwohner am 01.01.2013 ¹⁾	Erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ²⁾
Baden-Württemberg	10.569.111	576.067	5.451
Bayern	12.519.571	635.131	5.073
Brandenburg	2.449.511	197.228	8.052
Hessen	6.016.481	386.778	6.429
Mecklenburg-Vorpommern	1.600.327	120.484	7.529
Niedersachsen	7.778.995	545.704	7.015
Nordrhein-Westfalen	17.554.329	1.484.943	8.459
Rheinland-Pfalz	3.990.278	267.441	6.702
Saarland	994.287	72.540	7.296
Sachsen	4.050.204	312.500	7.716
Sachsen-Anhalt	2.259.393	193.885	8.581
Schleswig-Holstein	2.806.531	199.964	7.125
Thüringen	2.170.460	142.310	6.557
Bundesgebiet insges. ³⁾	80.523.746	5.961.662	7.404

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

²⁾ Häufigkeitszahl = Erfasste Fälle pro 100.000 Einwohner

³⁾ beinhaltet Statistik aller 16 Bundesländer

4. Welche Zusammenhänge sieht die Landesregierung zwischen den Antworten auf Frage 1 und 2 einerseits und der sog. Häufigkeitszahl andererseits im Vergleich der Bundesländer (ohne Stadtstaaten)?

Die Kriminalitätsbelastung eines Bundeslandes unterliegt vielfältigsten Einflussfaktoren, die wiederum, je nach Deliktsfeld, unterschiedlich stark auf die Kriminalitätsentstehung wirken. Das Vorhandensein von gut ausgebauten Verkehrswegen ist zweifellos ein solcher Faktor, der neben anderen auf die Entstehung von Kriminalität Einfluss hat. Die Auswirkung der Verkehrswege auf die Kriminalitätsentstehung unterscheidet sich wiederum je nach Deliktsfeld. Wie auch in der Vorbemerkung der Landesregierung dargestellt, heißt es in der PKS 2013 hierzu:

„Insbesondere die Häufigkeitszahl, die die Anzahl der registrierten Straftaten mit der Einwohnerzahl der jeweiligen Region in Bezug setzt, wird durch die regional sehr differierende Anzahl an Personen, die dort nicht amtlich als Wohnbevölkerung registriert sind (z. B. Pendler, Touristen, Durchreisende, Stationierungstreitkräfte), jedoch als Straftäter und Opfer von Straftaten gleichermaßen in Betracht kommen, in ihrer Aussagekraft beeinflusst.“

Die in den Fragen 1 und 2 enthaltene quantitative Betrachtung der Verkehrswege ist, für die Betrachtung hinsichtlich eines Zusammenhangs mit der Kriminalitätsbelastung, durch eine qualitative Bewertung zu ergänzen. So kommt zum Beispiel der BAB 2, als einer wesentlichen europäischen Ost/West-Verbindung, eine besondere

Bedeutung im Zusammenhang mit Deliktsfeldern zu, die nicht unwesentlich durch reisende Tätergruppen aus Osteuropa geprägt werden (z. B. sog. Einbruchsdelikte). Zugleich wirken die erheblichen Transit- und Pendlerströme der BAB 2 auf die Kriminalitätsbelastung.

5. Sachsen-Anhalt verfügt über eine im Bundesvergleich hohe Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen. Wie hoch ist der Anteil an den aufgeklärten Fällen in diesem Phänomenbereich, in denen Bundesautobahnen als „Fluchtweg“ genutzt wurden?

Aufklärungsquote bei Wohnungseinbruchsdiebstahl in den Ländern (ohne Berlin, Bremen und Hamburg):

Land	erf. Fälle insges.	Aufklärungsquote
Baden-Württemberg	11.295	10,9
Bayern	6.385	17,1
Brandenburg	4.001	21,5
Hessen	10.795	19,4
Mecklenburg-Vorpommern	1.521	30,2
Niedersachsen	15.74	26,4
Nordrhein-Westfalen	54.953	13,6
Rheinland-Pfalz	5.858	15,7
Saarland	2.095	16,0
Sachsen	3.620	29,2
Sachsen-Anhalt	2.588	30,4
Schleswig-Holstein	7.534	10,2
Thüringen	1.183	28,7
Bundesgebiet insges. ¹⁾	149.500	15,5

¹⁾ beinhaltet Statistik aller 16 Bundesländer

In der PKS werden keine Statistiken mit Angaben zum „Fluchtweg“ geführt. Eine statistische Aufschlüsselung der jeweiligen „Fluchtwege“ wäre nur durch eine Einzelauswertung aller geführten Ermittlungsvorgänge möglich. Das hieße, sämtliche Ermittlungsakten aus dem Jahr 2013 auf Hinweise, zum Beispiel in Beschuldigtenvernehmungen der bekanntgewordenen Täter oder Situationsspuren die auf einen bestimmten „Fluchtweg“ hindeuten, zu überprüfen. Derartige Erhebungen sind nur mit einem sehr hohen personellen und zeitlichen Aufwand möglich. So muss eine Vielzahl von Ermittlungsakten einer manuellen Sichtung, Auswertung und Beurteilung unterzogen werden, um gesicherte Aussagen zu den in Rede stehenden „Fluchtwegen“ treffen zu können.

Eine annähernde Beantwortung der Frage ist aber auf einem anderen Wege möglich.

PKS 2013 - Kriminalitätsbereich Wohnungseinbruchsdiebstahl:

Landkreise / kreisfreie Stadt	Erfasste Fälle	Bevölkerung	Häufigkeitszahl ¹⁾
Magdeburg	370	229.924	161
Halle (Saale)	324	231.440	140
Dessau-Roßlau	89	84.606	105
Altmarkkreis Salzwedel	68	86.878	78
Anhalt-Bitterfeld	160	168.475	95
Börde	179	174.001	103
Burgenlandkreis	307	186.081	165
Harz	191	223.094	86
Jerichower Land	96	92.367	104
Mansfeld-Südharz	108	144.735	75
Saalekreis	196	189.217	104
Salzlandkreis	260	201.210	129
Stendal	127	116.666	109
Wittenberg	113	130.699	86
Sachsen-Anhalt	2.588	2.259.393	115

¹⁾ Häufigkeitszahl = Erfasste Fälle pro 100.000 Einwohner

In der tabellarischen Darstellung der Häufigkeitszahl der Landkreise und kreisfreien Städte im Deliktsbereich Wohnungseinbruchsdiebstahl ist eine stärkere Belastung der kreisfreien Städte Magdeburg, Halle (Saale) und Dessau-Roßlau sowie der Landkreise Börde, Jerichower Land, Stendal, Saalekreis, Salzlandkreis und Burgenlandkreis erkennbar. Die unmittelbare Lage dieser Städte und Landkreise (mit Ausnahme LK Stendal) an den BAB 2, 9, 14 und 38 ist statistisch auffällig. Dem Vorhandensein von Bundesautobahnen als Fluchtweg könnte, neben anderen möglichen Einflussfaktoren, im Deliktsbereich Wohnungseinbruchsdiebstahl somit eine besondere Rolle zukommen.

Diese Annahme wird auch durch den Projektbericht der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention „Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten - Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung von aktuellem Täterwissen“ gestützt. Im Rahmen des Projektes, durch dessen Forschung neue Erkenntnisse zu Tätermotivation, Planungs- und Tatverhalten gewonnen wurden, wurden u. a. Intensivinterviews mit Straftätern, die wegen Einbruchsdelikten zu meist mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, analysiert. Laut des Projektberichts war die Objektlage für viele Täter von besonderer Relevanz. Neben guten An- und Abfahrtswegen wurde auch auf gute Möglichkeiten zum Abtransport der Beute geachtet. War bei Geschäftseinbrüchen die Erreichbarkeit des Objektes mit guten Zufahrtswegen und Fluchtmöglichkeiten gegeben, spielten bei der Planung sogar Faktoren wie die unmittelbare Umgebung (Fußgängerzonen, Wohngebiet, usw.) keine Rolle mehr.